



Positionspapier (Stand 26.02.2020)

8-PUNKTE-PLAN FÜR STARKE GRUNDSCHULEN

An den Grundschulen besteht akuter Handlungsbedarf angesichts von Herausforderungen wie sinkende Schülerleistungen, Integration junger Geflüchteter, Inklusion förderbedürftiger Kinder sowie der Prognosen zu steigenden Geburtenraten. Die SPD-Landtagsfraktion fordert daher folgende Maßnahmen zur Unterstützung und Weiterentwicklung unserer Grundschulen:

1. Die Sicherstellung der Unterrichtsversorgung durch die Rücknahme von Stellenstreichungen, den Ausbau von Studienkapazitäten und die Nutzung von Potentialen auf dem Arbeitsmarkt
2. Die Einrichtung einer Enquête-Kommission zu frühkindlicher Bildung und Grundschule, um zusammen mit Fachleuten aus Wissenschaft, Politik und Schulpraxis nachhaltige Verbesserungen zu ermöglichen
3. Der Ausbau von Poolstunden für individuelle Förderung, um der Heterogenität der Schülerschaft gerecht werden zu können
4. Die Auflegung eines landesweiten Leseförderungsprogramms für alle Schülerinnen und Schüler
5. Den Ausbau statt einer Kürzung der Stunden für Vorbereitungsklassen, um eine gelingende Integration junger Geflüchteter zu ermöglichen
6. Die Förderung der rhythmisierten Ganztagschule, um deren Potentiale für mehr Bildungsqualität und -gerechtigkeit nutzen zu können
7. Evaluation der Studiengänge für das Grundschullehramt mit Diskussion über eine Anhebung der Besoldung von Grundschullehrkräften auf A13
8. Die Position der Schulleitung stärken und attraktiver gestalten, um geeignete Bewerberinnen und Bewerber zu bekommen

PUNKT 1: UNTERRICHTSVERSORGUNG SICHERSTELLEN

Wir fordern die Rücknahme der zum Schuljahr 2017/18 vorgenommenen Streichung von 1.074 Lehrerstellen und klare Meilensteine und realistische Bedarfsplanungen zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung

Die Unterrichtsversorgung an Grundschulen in Baden-Württemberg ist derzeit absolut unzureichend. Besonders im ländlichen Raum kommt es vermehrt zu Unterrichtsausfällen. In einigen Fällen müssen deshalb kurzfristig Klassen zusammengelegt werden, um sicherzustellen, dass überhaupt Unterricht stattfinden kann. Vor diesem Hintergrund sind die im Haushalt 2017 beschlossenen und zu Beginn des Schuljahres 2017/18 vollzogene Stellenstreichungen ein fataler Fehler der grün-schwarzen Landesregierung. Angesichts von Prognosen zu steigenden Schülerzahlen und neuen pädagogischen Herausforderungen wie der Inklusion, dem Ausbau der Ganztagschule und Integration war und ist dieser Schritt nicht nachvollziehbar.

Statt einer echten Stärkung der Grundschulen durch Poolstunden zur individuellen Förderung, begnügt sich die Landesregierung mit einer reinen Verschiebung von Ressourcen zu Lasten des Fremdsprachenunterrichts und Scheindebatten über einzelne sprachdidaktische Methoden (z.B. Schreiben nach Gehör). Die grün-schwarze Landesregierung schwächt mit dieser kurzsichtigen Politik das Bildungssystem und damit den Wissens- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg.

Es bedarf klarer Meilensteine, wie die Unterrichtsversorgung mittel- und langfristig verbessert werden kann. In einem ersten Schritt muss dazu der Unterrichtsausfall erhoben werden. In den aktuellen Statistiken steht die Grundschule besser dar, als in der Realität, weil die Kinder nicht einfach nach Hause geschickt werden können. Nur wenn transparent ist, wie häufig die Schülerinnen und Schüler nicht unterrichtet, sondern nur beaufsichtigt werden können, sind Bedarfsfeststellungen und deren Umsetzung möglich.

Wir fordern einen bedarfsgerechten Ausbau der Studienkapazitäten für das Grundschullehramt, um die Unterrichtsversorgung an den Grundschulen in den kommenden Jahren sicherzustellen.

Vor allem Grundschulen im ländlichen Raum haben bereits jetzt Probleme, Lehrkräfte zu finden. Bis 2030 soll der Bedarf an Grundschullehrkräften laut einer von der GEW in Auftrag gegebenen Studie auf über 8.000 steigen (Klemm, 2017). Angesichts der aktuell völlig unzureichenden Versorgung der Grundschulen sowie dieser Prognosen ist der bedarfsgerechte Ausbau der Studienkapazitäten unabdingbar. Auch für neue Aufgaben, wie der Einführung des Ethikunterrichts und Poolstunden an Grundschulen, müssen mittelfristig mehr Lehrkräfte ausgebildet werden. Im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2020/21 haben wir daher erneut die Einrichtung von 220 zusätzlichen Studienplätzen gefordert, was Grün-Schwarz abgelehnt hat. Zudem müssen im Sinne der Transparenz die Stellen an den Grundschulen in einem eigenen Haushaltskapitel geführt werden. Derzeit sind sie im Staatshaushaltsplan noch zusammen mit denen an Haupt- und Werkrealschulen aufgeführt, was die Personalplanung erheblich erschwert.

Wir fordern, dass mehr Gymnasiallehrkräfte eingestellt werden, sodass Grundschullehrkräfte, die bisher in der Sekundarstufe eingesetzt sind, wieder die Grundschulen unterstützen können.

Kultusministerin Eisenmann verweist bei Kritik an der Unterrichtsversorgung pauschal darauf, dass genügend Stellen zur Verfügung stünden, aber es nicht ausreichend Bewerberinnen und Bewerber gebe. Für den Bereich Grundschule ist das richtig. Zu Beginn dieses Jahres gab es wieder weit mehr als 2.000 Gymnasiallehrkräfte, die keine Stelle gefunden haben. Der Plan der Kultusministerin, diese für den Einsatz an der Grundschule zu gewinnen, ergibt pädagogisch keinen Sinn.

Dennoch können die Potentiale auf dem Arbeitsmarkt für eine bessere Unterrichtsversorgung genutzt werden: Es müssen mehr Gymnasiallehrkräfte an Gemeinschaftsschulen oder beruflichen Schulen eingesetzt werden. Dann können Lehrkräfte mit dem

Lehramt für die Grund-, Haupt- und Werkrealschule, die aktuell dort eingesetzt sind, wieder in Grundschulen unterrichten. Bislang machen Gymnasiallehrkräfte an den Gemeinschaftsschulen nur 5-10% des Kollegiums aus. Sinnvoll wäre aber eine Quote von rund einem Drittel, da hochwertiger Unterricht auf allen Lernniveaus stattfinden soll. Eine Umschichtung ist mit Blick auf die Unterrichtsqualität wichtig und würde gleichzeitig die Grundschulen nachhaltig stärken. Im Rahmen der Verhandlungen zum Doppelhaushalt 2018/19 haben wir einen entsprechenden Antrag gestellt, der mehrheitlich abgelehnt wurde.

PUNKT 2: ENQUÊTE-KOMMISSION EINSETZEN

Wir fordern die Einsetzung einer Enquête-Kommission um den Bereich frühkindliche Bildung und Grundschule nachhaltig weiterzuentwickeln.

Es ist bekannt, dass die Grundlage einer erfolgreichen Bildungsbiographie im Kindesalter gelegt wird. Welchen wichtigen Beitrag Kindertagesstätten und Grundschulen zur Gewährung gleicher Bildungschancen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf leisten, ist ebenfalls unbestritten. Die Prämisse „auf den Anfang kommt es an“ erfährt in Debatten daher stets große Zustimmung, wird aber trotzdem noch ausreichend in politische Maßnahmen übersetzt.

Eine Enquête-Kommission soll sich mit der Frage beschäftigen, wie dies gelingen kann. Es gilt, einen parteiübergreifenden Diskurs über die Zukunftsfähigkeit unseres Bildungssystems anzustoßen. Die Qualitätsentwicklung der frühkindlichen Bildung und die Grundschule müssen in den Mittelpunkt der Arbeit der Enquête-Kommission gestellt werden. Die Stärkung der Qualität von frühkindlicher Bildung und der Bildung in den Grundschulen ist zu wichtig, als dass diese Themen der politischen Profilierung zum Opfer fallen dürfen. Zudem soll unterbunden werden, dass Ergebnisse von Schulvergleichsstudien als Vorlage für öffentlichkeitswirksame Schnellschüsse instrumentalisiert werden. Die von Kultusministerin Eisenmann angekündigte Abschaffung des

Schulversuchs „Schule ohne Noten“ sowie die von ihr vollzogenen Eingriffe in den Bildungsplan oder ihre Pauschalkritik an den Lehrkräften sind aktuelle Negativbeispiele hierfür.

Die Enquête-Kommission soll Handlungsempfehlungen formulieren und konkrete Maßnahmen zu wichtigen bildungspolitischen Zielsetzungen (z.B. Bildungsungleichheit vermindern, bestmögliche Förderung jedes Kindes bei wachsender Heterogenität, Steigerung der Leistungsfähigkeit, Sicherstellung von Betreuungs- und Unterrichtsversorgung) vorschlagen.

PUNKT 3: POOLSTUNDEN SCHAFFEN

Wir fordern Poolstunden für Grundschulen, um die Schülerinnen und Schüler in den Kompetenzbereichen Schreiben, Lesen und Rechnen besser individuell fördern zu können.

Die Schülerschaft in den Grundschulen wird immer heterogener und das stellt die Lehrkräfte vor neue Herausforderungen. Um den unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnissen der Kinder Rechnung tragen zu können, ist mehr individuelle Förderung notwendig. Bereits in der letzten Legislatur hat das SPD-geführte Kultusministerium die Erweiterung der Stundentafel der Grundschule eingeleitet (+180 Deputate im Schuljahr 2016/17), um mehr Zeit für Lesen, Schreiben und Rechnen einzuräumen.

Mit dem Aufwachen des neuen Bildungsplans 2016 werden den Grundschulen im Schuljahr 2018/19 insgesamt 102 Stunden zur Verfügung stehen. Bis zum Schuljahr 2015/16 waren es nur 98 Stunden, während Bundesländer wie Bayern, das in Schulvergleichsstudien seit Jahren sehr gut abschneidet, 104 Stunden vorsehen. Wir fordern daher, dass den Grundschulen mittelfristig 8 Poolstunden zur individuellen Förderung und Vermittlung der Kernkompetenzen zur Verfügung gestellt werden, um so die Qualität der baden-württembergischen Grundschulen wieder deutlich zu verbessern. Wichtig ist, dass den Schulen zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden – die

von Grün-Schwarz vorgenommene Streichung des Englisch- und Französischunterrichts in Klasse 1 und 2 sind dagegen eine reine Umschichtung zu Lasten der Fremdsprachenförderung.

PUNKT 4: LANDESWEITES LESEFÖRDERPROGRAMM AUFLEGEN

Wir fordern ein landesweites Leseförderprogramm in Ergänzung zu bestehenden, oft nur punktuell angelegten, Maßnahmen und Wettbewerben.

Neueste Schulvergleichsstudien offenbaren Defizite der Schülerinnen und Schüler beim Lesen. Unterstützungsbedarf haben demnach weite Teile der Schülerschaft und entgegen populärer Annahmen nicht nur Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Die Aktivitäten des Landes im Bereich Leseförderung beschränken sich auf punktuelle Maßnahmen und Wettbewerbe, was sich als unzureichend erwiesen hat.

Ein flächendeckendes Angebot nach dem Vorbild des schleswig-holsteinischen Programms „Lesen macht stark“ ist daher sinnvoll und wichtig. Nachdem die grün-schwarze Landesregierung entsprechende Initiativen der SPD im letzten Jahr noch abgelehnt hat, zeigt sie sich nun offen für die Übertragung von „Lesen macht stark“ - allerdings nicht in der Grundschule. Wir fordern die Ausweitung des Modellversuchs auf die Klassen eins bis vier.

PUNKT 5: STUNDEN FÜR VORBEREITUNGSKLASSEN ERHÖHEN

Wir fordern, dass allen Grundschulen mit Vorbereitungsklassen wieder mehr Lehrerwochenstunden direkt zugewiesen werden.

Mit einer neuen Verwaltungsvorschrift hat die Kultusministerin den Grundschulen zum Schuljahr 2017/18 die Stundenanzahl für die Vorbereitungsklassen gekürzt. Statt wie bisher 18 Lehrerwochenstunden, bekommen sie nur noch 12 direkt zugewiesen. Mit dieser geringen Stundenanzahl wird eine erfolgreiche Integration der jungen Geflüchteten enorm erschwert. Zwar können die Schulen über die Staatlichen Schulämter zusätzliche Stunden beantragen und damit das vorher direkt zugewiesene Kontingent

erreichen, aber gute Integrationsarbeit und die dafür benötigte Zeit ist an allen Schulen mit Vorbereitungsklassen nötig. Daher sollten die ehemals 18 Lehrerwochenstunden den Mindeststandard darstellen und dieser dann bei Bedarf aufgestockt werden. So kann die Einbindung der Kinder in das Regelangebot, das beinhaltet auch die Teilnahme am Ganztagsangebot, überall gelingen.

PUNKT 6: RHYTHMISIERTE GANZTAGSSCHULEN FÖRDERN

Wir fordern den gezielten Ausbau rhythmisierter Ganztagschulen, Unterstützung für die Schulleitungen bei der Koordination der Angebote und die Förderung von außerschulischen Kooperationen.

Ganztagschulen ermöglichen es, den Schülerinnen und Schülern eine bessere individuelle Förderung anzubieten, vielseitige Lernchancen zu eröffnen und die Lernerfolge zu steigern. Besonderes Potential für den Zugewinn an Unterrichtsqualität liegt in der Rhythmisierung des Tagesablaufes, denn so kann sinnvoll zwischen Konzentrations- und Entspannungsphasen abgewechselt werden. Studien zeigen, dass die Ganztagschule auch die Motivation der Schülerinnen und Schüler steigert und bessere Leistungen begünstigt, wenn die rhythmisierten Angebote regelmäßig wahrgenommen werden.

Angesichts der klaren Vorteile der rhythmisierten Ganztagschule, den auch CDU-Kultusministerin Eisenmann öffentlich anerkennt, sollte deren Ausbau gefördert werden. Eine Gleichstellung mit reinen Betreuungsangeboten stellt dagegen keine zielgerichtete politische Steuerung dar, wenn tatsächlich eine Steigerung der Unterrichtsqualität erreicht werden soll. Der im Haushalt 2020/21 von Grün-Schwarz beschlossene Wiedereinstieg des Landes in die Finanzierung kommunaler Betreuungsangebote ohne einen Ausbauplan für die rhythmisierte Ganztagschule ist vor diesem Hintergrund eine Fehlentscheidung. Es bedarf mehr Informations- und Überzeugungsarbeit vor Ort in den Kollegien und bei den Eltern, um die Vorteile dieses qualitativ hochwertigen Angebots auch entsprechend zu vermitteln.

PUNKT 7: BESOLDUNG DER GRUNDSCHULLEHRKRÄFTE

Wir fordern eine Evaluation der Lehramtsstudiengänge für die Grundschule, um anhand fundierter Informationen belegen zu können und sichtbar zu machen, ob eine Ausweitung der Studienzeit und Einstufung der Lehrkräfte in A 13 / E 13 notwendig und möglich ist.

Mit Blick auf den hohen Bedarf an Lehrkräften für die Grundschulen muss das Berufsbild sowohl im Vergleich mit den Lehrbefähigungen für die Sekundarstufe I und II als auch mit den Bedingungen in anderen Bundesländern attraktiver werden. Eine höhere Einstufung der Grundschullehrkräfte muss allerdings mit einem Zuwachs an Qualität und damit einer entsprechenden Qualifizierung einhergehen.

Es gilt zu überprüfen, inwiefern die Inhalte der Lehramtsstudiengänge noch den Anforderungen an den Grundschulen entsprechen. Neue pädagogische Anforderungen ergeben sich unter anderen aus der inklusiven Beschulung behinderter Kinder, der Integration Geflüchteter und der Gestaltung der Ganztagschule. Sofern diese im Rahmen der Studiengänge nicht ausreichend abgebildet werden, sollte über eine Verlängerung der Studienzeit diskutiert werden.

PUNKT 8: SCHULLEITUNGEN STÄRKEN

Wir fordern mehr Gestaltungsspielraum und Entlastung für Schulleitungen, damit sie das Profil ihrer Schule weiter schärfen, die Verbesserung der Unterrichtspraxis aktiv voranbringen und das Kollegium zielgerichtet fortbilden können.

Um eine Weiterentwicklung unserer Schulen zu ermöglichen, benötigen Schulleitungen mehr Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum. Der Rechnungshof verwies bereits darauf, wie wichtig eine Balance zwischen Verwaltung und Führungsaufgaben ist. In Diskussionen über das schlechte Abschneiden Baden-Württembergs in Schulvergleichsstudien wird ebenfalls deutlich, dass die Weiterentwicklung der Unterrichtsqualität von der Schulleitung aktiv gesteuert werden kann und sollte. Zur Umsetzung dieses Handlungsauftrages sowie zur Realisierung wichtiger Reformen wie dem Ausbau

der Ganztagschule oder der Umsetzung der Inklusion brauchen Schulleitungen entsprechende Mittel, um erfolgreich sein zu können.

So muss bei der Ausstattung der Schulen mit Leitungs- und Steuerungsressourcen stärker zwischen Ganztags- und Halbtagschulen differenziert werden. Eine Professionalisierung der Ganztagskoordination und gleichzeitige Entlastung der Schulleitungen ist nötig. Zur Entlastung der Schulleitungen und Professionalisierung der Ganztagskoordination fordern wir die Verdopplung der Entlastungsstunden für Schulleitungen, mehr Konrektorenstellen und die Einrichtung einer Koordinationsstelle für Verwaltungsaufgaben. Auch die Abrechnung sollte beispielsweise durch Budgetlösungen vereinfacht werden, um die Schulleitungen zu entlasten. Auch an Halbtagschulen müssen die Schulleitungen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden und entsprechende Verwaltungskräfte erhalten.

11. Januar 2018 (Aktualisierung am 10.05.2019 und am 26.02.2020)

Arbeitskreis Bildung der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Daniel Born MdL, Sprecher für frühkindliche Bildung und Grundschulen

Jana Ehret, parlamentarische Beraterin Kultus, Jugend und Sport